

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussvorsitzende Ursula Aljets
Ausschussmitglied Sabine Gastmann
Stellv. Ausschussvorsitzender Uwe Reese

Mitglied CDU-Fraktion

Ausschussmitglied Ursula Biester
Ausschussmitglied Stephan Hellwig
Ausschussmitglied Helmut Möhle

Mitglied FDP-Fraktion

Ausschussmitglied Hans-Joachim Jasny

Mitglied Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen/Westerman

Ausschussmitglied Gerold Tholen
Ausschussmitglied Claus-Dieter Westerman

Mitglied "Die Linke"

beratende Stimme Johann Janssen

Sozialverband Deutschlands e. V.

beratendes Mitglied Hans-Peter de Vries

Mitglied des Seniorenbeirates

beratendes Mitglied Manfred Kaluza

Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände WHV

beratendes Mitglied Petra Meyer-Machtemes
beratendes Mitglied Joachim Stasch

Dezernent

Erster Stadtrat Jens Stoffers

Fachbereichsleiter

Fachbereichsleitung 53 Christof Rübsamen
Fachbereichsleitung 50 Jörg Sieberns

Protokollführer

Protokollführer Michael Dölling

von der Verwaltung

Fachbereich 50 Hermann Kallendrusch

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 27.05.2010
- 4 Vorlagen an den Rat
 - 4.1 Haushaltsplanentwurf 2011 - Fachbereich Soziales
 - 4.2 Haushaltsplanentwurf 2011 - Fachbereich Gesundheit
 - 4.3 Annahme einer Zuwendung § 83 Abs. 4 NGO - Spende Besuchsdienst Altenhilfe - / **183/2010**
Brune Mettcker GmbH
- 5 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss
 - 5.1 Annahme einer Zuwendung § 83 Abs. 4 NGO - Spende Besuchsdienst Altenhilfe / **184/2010**
MMkN
- 6 Mitteilungen und Anfragen
 - 6.1 Sachstand zum Senioren-Service-Büro
 - 6.2 Sachstand zur "Bürgerarbeit"
 - 6.3 Sachstand zur Seniorenplanung
 - 6.4 Produktberichte der Fachbereiche 50 und 53 nach dem Stand vom 30.06.2010

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende, Frau Aljets, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Frau Aljets wies darauf hin, dass seit diesem Jahr die Protokollnummern durchgehend vergeben werden würden. Dies bedeutet, dass, auch wenn eine Sitzung nicht stattgefunden haben sollte, eine Protokollnummer vergeben wird.

Des Weiteren wurde festgestellt, dass H. Westermann heute noch für die Partei „Die Grünen“ Mitglied des Sozialausschusses sei, erst am morgigen Tag werde über die aus seinem Übertritt zur „BASU“ resultierenden Änderungen der Ausschusszusammensetzungen entschieden.

Der von H. Westermann angebotene Verzicht auf seine Stimmabgabe wurde von Herrn Stoffers und Frau Aljets nicht als notwendig erachtet.

2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde festgestellt.

3 Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 27.05.2010

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 27.05.2010 wurde genehmigt.

4 Vorlagen an den Rat

4.1 Haushaltsplanentwurf 2011 - Fachbereich Soziales

Herr Stoffers begann seinen Haushaltsvortrag für den Fachbereich 50 mit der Feststellung, dass nach einer aktuellen Pressemitteilung des Deutschen Städtetages das Jahr 2010 als das Jahr in die Geschichte der kommunalen Gebietskörperschaften der BRD eingehen werde, in dem das größte Defizit aller Zeiten für kommunale Gebietskörperschaften erzielt werden würde.

Das Defizit aus dem bisher schlechtesten Jahr 2003 habe sich innerhalb von sieben Jahren nahezu verdoppelt.

Natürlich müssen sich die Kommunen auf der einen Seite um das Thema Einnahmen bemühen, auf der anderen Seite, wenn man sich die Sozialausgaben ansähe, könne es nur mit Hilfe einer Finanzreform ausgeglichene Haushalte geben.

Wenn die Kommunen nicht massiv unterstützt werden würden, liefe die Stadt Wilhelmshaven trotz Vermögensveräußerung auf einen finanziellen Bankrott zu.

Nach dem derzeitigen Stand würde das Defizit lt. der mittelfristigen Finanzplanung für den Kernhaushalt der Stadt Wilhelmshaven am 01.01.2015 bei ca. 107 Mio. € liegen.

Der Fachbereich 50 weise mit 69,8 Mio. € die höchsten Aufwendungen, aber mit 37,7 Mio. € auch die höchsten Erträge aller Fachbereiche auf (Defizit 32,1 Mio. €).

Die größte Position bei den Aufwendungen betrage 65,5 Mio. € für Transferaufwendungen (Personal „nur“ 2,8 Mio. €), die größte Position bei den Erträgen stelle mit 35,3 Mio. € die Gesamtfinafinanzierung durch Bund und Land dar.

Die größten Positionen auf der Aufwandsseite seien die Eingliederungshilfe und die Kosten für die Unterkunft und Heizung von ALG 2-Beziehern.

Die wesentlichen Produkte bei der Eingliederungshilfe seien die Hilfen zur angemessenen Schulbildung, die Leistungen in anerkannten Werkstätten, die heilpädagogischen Leistungen für Kinder und die Leistungen für das betreute Wohnen.

Die Gesamtaufwendungen im Bereich der Eingliederungshilfe betragen 23,8 Mio. €, von denen lediglich 1,8 Mio. € durch Erträge gedeckt seien. Dies ergebe eine Unterdeckung von 22 Mio. €. Durch das quotale System würden 69 % der

Aufwendungen vom Land erstattet, so dass der ungedeckte Anteil der Stadt für die Eingliederungshilfe 6,8 Mio. € betrage.

Zu den o. a. wesentlichen Produkten erläuterte Herr Stoffers den Personenkreis, die Fallzahlen, die Entwicklung und die angebotenen Hilfeformen.

Besonders erwähnenswert seien die Fallzahlen zum Produkt Leistungen in Werkstätten für Menschen mit Behinderungen. Von den 355 Personen sind 15 Personen über 60 Jahre.

Personen über 60 Jahre fielen komplett in den Zuständigkeitsbereich der Stadt Wilhelmshaven, wodurch die Erstattungsquote des Landes sinken würde. Hier drohe der Stadt eine weitere Kostenlawine.

Deshalb ist die Firma Consens beauftragt worden, den Bereich der Eingliederungshilfe zu prüfen und ggf. neu zu strukturieren.

Herr Stoffers stellte ausführlich die derzeitige personelle Organisation der Eingliederungshilfe, den aktuellen Ablauf der Fallbearbeitung und einen Ausgabenvergleich mit anderen Kommunen vor.

Die Handlungsempfehlungen der Beraterfirma sind die Einführung einer Hilfeplanung (Fallmanagement), Teilnahme an einem Vergleichsring, Ausbau von Controlling und Berichtswesen, der Sozialplanung und der Systemsteuerung und eine engere Zusammenarbeit mit den Anbietern.

Im Bereich des betreuten Wohnens solle durch den Ausbau der Hilfeplanung der Ambulantisierungsgrad erhöht werden.

Personell schlage die Firma Consens vor, 2,0 Hilfeplaner im Fachbereich 50 und 1,5 Hilfeplaner im Gesundheitsamt einzusetzen.

Echte Einsparpotentiale könnten nicht erschlossen werden, man könne aber die jährlichen Kostensteigerungen von 7 % auf 3,5 % mindern und durch Umsteuerung von Bestandsfällen ins ambulant betreute Wohnen in den Jahren 2011 bis 2014 ein Einsparpotential von ca. 2,5 Mio. € erzielen.

Zum Ende seines Haushaltsvortrages für den Fachbereich 50 erläuterte Herr Stoffers die Entwicklung beim Produkt Kosten der Unterkunft und Heizung.

Unterstützt werden im Jahr 2010 in Wilhelmshaven 6.190 Bedarfsgemeinschaften. Die Beteiligung des Bundes an den Kosten nimmt jedes Jahr kontinuierlich ab. Nachteilig für die Stadt Wilhelmshaven wirke sich auch seit dem Jahr 2009 aus, dass der Bund die Kostenerstattung nach der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften und nicht nach den tatsächlichen Kosten vornehme.

Die Unterdeckung betrage im Haushalt 2010 18 Mio. € und soll bis zum Jahr 2014 auf 17,7 Mio. € sinken.

Herr Tholen erklärte, dass die BASU die Haushaltspläne 50 und 53 ablehnen würden.

Abstimmung: Mehrheitlich zugestimmt.

Dem Haushaltsplanentwurf 2011 des Fachbereiches Soziales wird zugestimmt.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

4.2 Haushaltsplanentwurf 2011 - Fachbereich Gesundheit

Auf Nachfrage von Frau Gastmann erläuterte Herr Dr. Rübsamen, dass die Personalmehraufwendungen für die angedachte Hilfeplanung im Bereich der Eingliederungshilfe in den Haushalt 53 eingestellt worden seien.

Abstimmung: Mehrheitlich zugestimmt.

Dem Haushaltsplanentwurf des Fachbereiches Gesundheit wird zugestimmt.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

4.3 Annahme einer Zuwendung § 83 Abs. 4 NGO - Spende 183/2010
Besuchsdienst Altenhilfe - / Brune Mettcker GmbH

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt die Annahme der Spende von der Firma Brune-Mettcker Druck- und Verlags-GmbH in Höhe von 3.231,12 € für den Bereich des Besuchsdienstes der Stadt Wilhelmshaven.

5 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss

5.1 Annahme einer Zuwendung § 83 Abs. 4 NGO - Spende Besuchsdienst 184/2010
Altenhilfe / MMkN

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der VA beschließt die Annahme der Spende von dem Marinemusikkorps Nordsee in Höhe von 2.000,00 € für den Bereich des Besuchsdienstes der Stadt Wilhelmshaven.

6 Mitteilungen und Anfragen

6.1 Sachstand zum Senioren-Service-Büro

Herr Stoffers stellte den aktuellen Sachstand zum Thema Senioren-Service-Büro vor.

2008 habe das Land Niedersachsen entschieden, sogenannte Senioren-Service-Büros mit jährlich 40.000,- € für die Dauer von 4 Jahren zu fördern. Mit dem Förderbetrag sollen die Sach- (insbesondere Mietkosten) und Personalkosten

abgedeckt werden.

Die ursprüngliche Überlegung, das Büro in der Nordseepassage beim Bürgeramt anzusiedeln, wurde wegen der Schließung des Bürgeramtes in der Passage wieder verworfen. Das Büro solle, da dort auch schon z. B. eine Wohnberatung für Senioren durchgeführt wird, bei der Altenhilfe angesiedelt werden.

Wegen konkreter Räumlichkeiten werde zurzeit mit dem Eigenbetrieb GGS verhandelt.

Die Stadt Wilhelmshaven habe für ein Senioren-Service-Büro ein Konzept erstellt und vom Land am 29.06.10 die Auskunft erhalten, dass dieses Büro ab dem 01.07.2010 in Wilhelmshaven gefördert wird. Kurioserweise gäbe es bis zum heutigen Tag aber keinen förmlichen Bescheid für den 4-Jahreszeitraum, so dass hier keine Planungssicherheit gegeben sei.

Problematisch sei der Beginn des Förderzeitraumes ab 01.07.2010, da dieser Zeitpunkt insgesamt den 4-Jahres-Förderzeitraum verkürzen würde.

Insbesondere gäbe es für die Folgejahre nach 2010 keine definitive Aussage zur Förderung.

Herr de Vries vermutete, dass dem Land der jährliche Förderbetrag von 40.000,- € wohl mittlerweile zu hoch erschiene.

Herr Westerman zeigte sich zwar erfreut darüber, dass die Förderung grundsätzlich zugesagt wurde, er hielt die vagen Aussagen allerdings für nicht hinnehmbar.

H. Reese wollte wissen, weshalb Celle schon seit 2008 gefördert wird.

Frau Aljets erklärte, dass die Stadt Wilhelmshaven vorher nicht berücksichtigt wurde; es sollten zunächst die ländlicheren Gebiete in Niedersachsen berücksichtigt werden.

Obwohl H. Kaluza als Vertreter des Seniorenbeirates an dem Konzept für die Errichtung des Senioren-Service-Büros mitgearbeitet habe, warnte er davor, ohne förmlichen Bescheid zu agieren.

Frau Aljets stellte abschließend fest, dass der Ausschuss der Verwaltung rät, zunächst zögerlich mit dem Thema umzugehen.

6.2 Sachstand zur "Bürgerarbeit"

Herr Stoffers erläuterte, dass es sich bei der „Bürgerarbeit“ um ein Bundesprogramm handle, das mit dem Ziel aufgelegt wurde, Kunden aus dem „SGB II-Kreis“ wieder in den 1. Arbeitsmarkt zu integrieren.

In der Ratssitzung am 27.10.2010 würde darüber abgestimmt, ob die Stadt sich an diesem Projekt beteilige. Es sollen 100 Bürgerarbeitsplätze entstehen, die bei der GAQ, aber auch bei freien Trägern etc. angesiedelt sein können.

Die Bezahlung solle nach TVöD geschehen bei einer Stundenzahl von 30 Std. in der Woche und einem Verdienst von 1.500,- € brutto monatlich.

Für die Stadt würden Aufwendungen in Höhe von 115.000,- /Jahr anfallen; die Stadt würde vom Bund 1.080,- /Fall erstattet bekommen. Des Weiteren würden sich Einsparungen bei den Kosten der Unterkunft ergeben, da die betroffenen Personen aus dem SGB II-Bezug rausfallen würden.

Da nach dem TVöD gezahlt werden würde, kann sich H. Stoffers vorstellen, dass der Personalrat seine Zustimmung nicht verweigern würde.

H. Tholen fragte nach, ob es sich bei den 1.500 € um einen Bruttobetrag handele oder ob das die Arbeitgeberkosten seien.

Die Antwort wird zu Protokoll gegeben.

Antwort zu Protokoll:

Der Betrag in Höhe von 1.509,53 € bemisst sich nach dem AG-Brutto des tariflichen Entgelts der Entgeltgruppe 2, Stufe 1 TVöD bei 30 Wochenstunden.

Dieser Betrag entspricht bei Einzelhaushalten einem AN-Netto in Höhe von 988,88 € und reicht aus, um die Teilnehmer aus dem Leistungsbezug SGB II zu bekommen, so dass keine Zuzahlungen mehr von der Stadt zu leisten sind.

6.3 Sachstand zur Seniorenplanung

Frau Aljets brachte ihr Empfinden zum Ausdruck, dass es bei dem Thema „Seniorenplanung“ nicht so richtig weitergehe.

H. Stoffers teilte die Auffassung der Vorsitzenden, verwies jedoch auf die Personalsituation im Fachbereich 50.

Die Arbeiten zur Neustrukturierung der Eingliederungshilfe und das Thema „Kosten der Unterkunft“ haben hohe personelle Ressourcen beansprucht, so dass an der Seniorenplanung nicht weitergearbeitet werden konnte.

Für 2010 sei damit auch weiterhin nicht zu rechnen; in 2011 solle die Seniorenplanung aber auf jeden Fall vorangetrieben werden.

6.4 Produktberichte der Fachbereiche 50 und 53 nach dem Stand vom 30.06.2010

Zu den Produktberichten von 50 stellte Herr Sieberns fest, dass sich zum Stichtag 30.06.2010 Mehraufwendungen und damit eine Unterdeckung bei allen Produkten von insgesamt 500.000,- € abzeichne.

Bedingt durch Sondereffekte auf der Ertragsseite dürfte sich aber zum Jahresende ein ausgeglichener Haushalt ergeben.

Frau Aljets wollte wissen, ob sich in Bezug auf die Kosten der Unterkunft eine Änderung bei den einer Einzelperson zustehenden Quadratmetern abzeichne. Vor einigen Wochen wurde öffentlich diskutiert, ob die Quadratmeterzahl nicht von 45 auf 25 qm gesenkt werden sollte.

Herr Sieberns antwortete, dass ihm kein neuer Sachstand bekannt sei.

Zum Produkt 31.11.10 „50 laufende Leistungen-Sicherstellung des notwendigen Lebensunterhalts durch laufende Leistungen einschließlich Unterkunft und Heizung

außerhalb von Einrichtungen“ sah H. Reese die Zielvorgaben als gefährdet an. Zum Einen solle eine Aktivierungsquote von 2 % der 18- bis 64-jährigen Personen außerhalb von Einrichtungen erreicht werden, um diesen Personen ein selbstbestimmtes Leben unabhängig von sozialen Leistungen zu ermöglichen, zum Anderen seien aufgrund der momentanen Personalsituation und Arbeitsbelastung noch keine operativen Maßnahmen zur Zielerreichung durchgeführt worden.

Herr Reese stellte fest, dass es wohl zu wenig Personal im Fachbereich 50 gäbe.

Herr Stoffers verdeutlichte, dass eine Aktivierungsquote von 2 % bei diesem Personenkreis schon ein hoch gestecktes Ziel sei.

Auch Frau Meyer-Machtemes hält die Erreichung dieses Zieles für sehr optimistisch.

Herr Dr. Rübsamen hält die Zielerreichung für durchaus machbar.

Zusammenfassend wurde festgestellt, dass, auch wenn die Aufwendungsquote bei einigen Produkten zum 30.06.2010 schon bei über 50 % liegen sollte, eine Erreichung der Planzahlen dennoch möglich sei, da teilweise Einmalzahlungen schon gelaufen sind und das 2. Halbjahr nicht mehr belasten würden.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 17:10 Uhr

Dezernent

Vorsitzende/r

Protokollführer/in